

19.06.90

Antrag

des Freistaates Bayern

zur

Entschießung des Bundesrates über die Einführung des Gaspendel-
verfahrens an Tankstellen zur Verminderung der Emissionen flüch-
tiger organischer Verbindungen beim Betanken von Kraftfahrzeugen
- Antrag des Landes Berlin -

Punkt 30 der 615. Sitzung des Bundesrates am 22. Juni 1990

Der Bundesrat möge wie folgt beschließen:

1. In der Bundesrepublik Deutschland werden zur Zeit jährlich rd. 2.500 kt Kohlenwasserstoffe in die Umwelt abgegeben. Mehr als die Hälfte davon (rd. 1.400 kt) stammen aus dem Verkehrsreich.
2. Der Bundesrat hält es aus Gründen der Vorsorge gegen Gesundheitsgefahren für erforderlich, die Kohlenwasserstoff-Emissionen des Verkehrs so rasch und so wirksam wie möglich zu verringern. Hierbei ist die technisch, wirtschaftlich und ökologisch beste Lösung anzustreben; es sind diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die die effektivste Emissionsminderung mit dem kleinsten wirtschaftlichen Aufwand und folglich mit der geringsten Belastung der Verbraucher bewirken.

...

Ausgeliefert am 19. JUNI 1990

293/2/90

3. Die sofortige zwangsweise Einführung einer flächendeckenden Gaspendelung erscheint nicht als der geeignete Weg, dieses Ziel zu erreichen.
4. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung,
 - die Bemühungen nicht nur auf die Betankungsverluste zu konzentrieren, die mit 46 kt/a nur 3,3 % der Kohlenwasserstoff-Emissionen aus dem Verkehrsbereich ausmachen. Vielmehr möge die Bundesregierung auch auf die Verringerung der Verdunstungsverluste im Stillstand und im Fahrbetrieb hinwirken, da diese Emissionen mit 362 kt/a etwa achtmal so hoch sind wie die Betankungsverluste;
5. - die Anforderungen an die technische Ausstattung der Kraftfahrzeuge so zu gestalten, daß neben den Stillstands- auch die Fahrverluste (**running losses**) an flüchtigen Kohlenwasserstoffen erfaßt werden;
6. - auf die Automobilindustrie einzuwirken mit dem Ziel, die Kohlefiltertechnik so weiterzuentwickeln, daß der Filter geeignet ist, alle Emissionen an flüchtigen Kohlenwasserstoffen einschließlich der Betankungsemissionen zu erfassen. Er bittet die Bundesregierung außerdem, sich bei den Europäischen Gemeinschaften für entsprechende EG-weite normative Vorgaben einzusetzen;
7. - auf die Mineralölwirtschaft einzuwirken mit dem Ziel, daß diese freiwillig die Gaspendelung an denjenigen Tankstellen einführt, bei denen dies mit Rücksicht auf die Menge des abgegebenen Otto-Kraftstoffes und die Lage der Tankstellen geboten ist.
8. Der Bundesrat erwartet, daß die Automobilindustrie und die Mineralölwirtschaft geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Kohlenwasserstoff-Emissionen aus Kraftfahrzeugen bis zum Ende dieses Jahrzehnts insgesamt mindestens zu halbieren.